

Eine Begriffsklärung
nach der Diskussion
um die deutsche Leitkultur

Welche Integration?

Berthold Löffler

Die Voraussetzung für eine geglückte Integration, so Bundeskanzler Schröder auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV Anfang November in der ihm eigenen apodiktischen Art, bestehe darin, dass Einwanderer die Verfassung achten, die Gesetze befolgen und die Landessprache beherrschen (Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 6. November 2000). So weit, so gut. Nur sind diese drei Kriterien zweifellos auch Voraussetzung für einen, sagen wir mal, geglückten touristischen Aufenthalt in der Toskana.

Auch wenn Schröder bei der ÖTV nicht den Eindruck hatte, dass „diese Debatte die Gesellschaft weiterbringt“, ist das provokante Wort von der Leitkultur doch notwendig und überfällig, weil es endlich die Frage präzisieren hilft, um welche Form von Integration es in diesem Land eigentlich gehen soll. Denn der durch seinen beliebigen Gebrauch fast völlig entleerte Integrationsbegriff ist nur konsensfähig unter den demokratischen Parteien, weil er inhaltsleer ist – so inhaltsleer, dass bei Ausländern gelegentlich schon die dürftige Tatsache, strafrechtlich noch nicht in Erscheinung getreten zu sein, als Nachweis einer gelungenen Integration durchgeht.

Die Bundesrepublik befindet sich in einer Phase der Neuorientierung ihrer Ausländerpolitik. Der dazu notwendige gesellschaftliche Diskurs kann nur rational geführt werden, wenn sich seine Teilnehmer über Gebrauch und Bedeutung der Schlüsselbegriffe verständigen. Einer dieser Schlüsselbegriffe heißt Integration.

Die folgenden Anmerkungen zum Integrationsbegriff sollen einen Beitrag zu dieser Verständigung leisten, indem die verschiedenen normativen Entwürfe und empirischen Formen der Integration von Ausländern in den Blick genommen werden.

Die verschiedenen Formen der Ausländer-Integration lassen sich als ein Kontinuum darstellen, an dessen jeweiligen Gegenpolen die Nicht-Integration steht. Dieses Kontinuum erscheint dann als Begriffskette mit den Gliedern: Gaststatus – Assimilation – Akkulturation – Schmelztiegel – liberaler Multikulturalismus – radikaler Multikulturalismus. Somit entsteht ein Spannungsfeld zwischen dem Konzept des Gaststatus und dem eines radikalen Multikulturalismus: Die Verfechter eines Gaststatus möchten Ausländer nicht integrieren, weil sie den Grundsatz der ethnischen Homogenität verabsolutieren und deshalb die Integration von Ausländern als Zumutung für die einheimische Gesellschaft betrachten. Die Vertreter des radikalen Multikulturalismus lehnen die Integration von Ausländern ab, weil sie schon in der geringsten Forderung nach Anpassung an die Aufnahmegesellschaft eine Zumutung für die Einwanderer sehen.

Gaststatus

Das Konzept des Gaststatus geht von der Annahme aus, dass Fremde wegen der Andersartigkeit ihres Herkunftslandes, ihrer Kultur und ihrer Mentalität nicht assimilierbar sind. Einwanderung bedeu-

tet also Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft. Da in diesem Konzept ethnische und kulturelle Homogenität gleichgesetzt werden, verlieren die deutsche Geschichte, Tradition, Sprache und Kultur ihre prägende Kraft auf die Gesellschaft. Die Bundesrepublik entwickelt sich damit zu einem multinationalen und multikulturellen Gemeinwesen mit Minderheitenproblemen. Deshalb muss eine solche Entwicklung schon im Interesse des inneren Friedens verhindert werden.

Assimilation

Assimilation bedeutet Angleichung, Ähnlichmachung. Aus empirischer und historischer Perspektive bedeutet Assimilation, dass Individuen beziehungsweise ethnische Gruppen fremder Herkunft die sozialen Werte, Orientierungs- und Verhaltensmuster der dominierenden Kultur übernehmen. Und zwar so weit, dass sie das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu ihrer ursprünglichen Herkunftsgruppe verlieren und die Identität der Mitglieder der dominierenden Kultur annehmen. Der Assimilationserfolg hängt von einer Reihe von Faktoren ab, und zwar unter anderem:

- Von der Nähe beziehungsweise Distanz zwischen der Kultur des Herkunfts- und der des Einwanderungslandes.
- Von der Integrationsfähigkeit und der Integrationsbereitschaft der Einwanderer. Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft nehmen mit der kulturellen Nähe von Herkunfts- und Einwanderungsland zu, mit zunehmender Distanz ab.
- Von der Zahl und der Konzentration der Einwanderer. Je größer Zahl und Konzentration einer bestimmten Gruppe von Immigranten, desto geringer die Integrationsbereitschaft. Dieser Zusammenhang ist zum Beispiel in Berlin-Kreuzberg oder in Duisburg-Marxloh zu beobachten, wo sich türkische Parallelgesellschaften mit entwickelter Infrastruktur for-

mieren haben. Wenn vom Gemüsehändler bis zum Gynäkologen oder Anwalt alle Türkisch sprechen, wenn zu Hause das türkische Fernsehen via Satellit die Unterhaltung liefert und auch kulturelle Bedürfnisse befriedigt, dann braucht es im Alltag nicht einmal mehr Deutschkenntnisse.

Die Mittel, die der Aufnahmegesellschaft zur Assimilierung von Einwanderern zur Verfügung stehen, reichen von staatlichem Zwang bis zu den verschiedensten Formen eines Anreizes zur Anpassung an die Mehrheitskultur. Eine erfolgreiche Politik der Assimilierung gestaltet die Integration von Einwanderern so, dass für die Einwanderer eine strukturelle Notwendigkeit zur Anpassung an die Lebensweise der Aufnahmegesellschaft besteht.

In normativer Hinsicht bedeutet Assimilation, dass das Einwanderungsland das Modell einer kulturell relativ homogenen Gesellschaft bevorzugt. Relative kulturelle Homogenität ist im Allgemeinen die solide Grundlage für eine gemeinsame Identität der Gesellschaftsmitglieder. Deshalb wird das Bedürfnis der einheimischen Bevölkerung, seine historisch gewordene kollektive Identität zu wahren, politisch anerkannt.

Vorausgesetzt, die sozialen Gegensätze sind nicht unüberbrückbar, dann bezieht dieser Gesellschaftstyp seine Stabilität aus der Tatsache, dass es zwischen den gesellschaftlichen Gruppen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede gibt und dass die gemeinsamen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen im Zweifel die Einzelinteressen überlagern. Ein solches Modell erwartet von Einwanderern, dass sie sich der Kultur der Aufnahmegesellschaft weitgehend anpassen und bereit sind, ihre Herkunftsidentität mit der Zeit aufzugeben. Der entscheidende Vorteil einer kulturell relativ homogenen Gesellschaft besteht darin, dass sie im Vergleich zu

multiethnischen und multikulturellen Varianten verhältnismäßig konfliktarm ist, weil die unvermeidbaren sozialen und politischen Interessenkonflikte nicht auch noch durch ethnokulturelle Konfliktlinien verstärkt und gleichzeitig fragmentiert werden. Dieses Gesellschaftsmodell war gemeint, wenn von Ausländern „die Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ verlangt wurde, so die Formulierung in den Einbürgerungsrichtlinien des Bundesministeriums des Innern, die bis zum 31. Dezember 1999 gültig waren.

Wenig Verwunderung dürfte der Umstand auslösen, dass der Assimilationsbegriff im Augenblick nicht so recht ins Wörterbuch der politisch korrekten Sprache passt. Bei unvoreingenommener Betrachtung jedoch beschreibt das Assimilationskonzept lediglich ein allgegenwärtiges soziales Phänomen. Mit dem soziologischen Assimilationsbegriff kann nicht nur die kulturelle Anpassung von Immigranten zutreffend beschrieben werden. In jeder Gesellschaft laufen im Alltag millionenfach Assimilationsprozesse in Form sozialer und soziokultureller Anpassung ab. Wer als Arbeiterkind durch Schule und Studium einen akademischen Beruf ergreift und damit fast zwangsläufig in ein anderes soziokulturelles Milieu überwechselt, wer dauerhaft von Hamburg nach Dresden oder Freiburg umzieht und sich in seiner neuen Umwelt gut einlebt, durchläuft eine Assimilation. Insofern sind Assimilationsprozesse Teil der Normalbiografie. Der Unterschied zur Assimilation von Immigranten besteht nur in der Intensität beziehungsweise der Höhe der Kosten der individuellen Anpassung. Vermutlich kann die gesamte gesellschaftliche Entwicklung als permanenter Assimilationsprozess aufgefasst werden, weil der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wandel die Mitglieder der Gesellschaft zu einem Mindestmaß an permanenter Anpassung

an die jeweils sich neu herausbildenden Verhältnisse zwingt.

Im Übrigen kennt die deutsche Geschichte zahlreiche Beispiele erfolgreicher Assimilation von Einwanderern, etwa der Hugenotten im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert oder der so genannten Ruhrpolen und der Italiener Ende des neunzehnten und Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts.

Akkulturation

Akkulturation bedeutet Kulturanpassung, Kulturübernahme. Der Akkulturationsbegriff ist nicht eindeutig definiert. Im Folgenden wird er ausschließlich in folgender Bedeutung verwandt: Akkulturation meint die freiwillige Übernahme von Kultur (Primärkultur) und Identität (Primäridentität) der Aufnahmegesellschaft im Sinne einer aktiven, bewusst gewollten Anpassung der Einwanderer an die neue Heimat.

Allerdings geht bei der Akkulturation die Anpassung nicht ganz so weit wie bei der Assimilation. Deshalb kann unterhalb einer gemeinsamen Identität eine sekundärkulturelle Bindung an bestimmte Herkunftsmerkmale bestehen bleiben, etwa die Bindung an das religiöse Bekenntnis, das die Einwanderer mitbringen. Sekundärkulturelle Bindungen konstituieren zwar ein eigenes Gruppenbewusstsein, allerdings tritt dieses Gruppenbewusstsein nicht in Konkurrenz zu Primärkultur und Primäridentität. Das historisch aussagekräftigste Beispiel für die Akkulturation von Fremden ist der Grad der Anpassung, den die deutschen Juden im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert erreicht hatten. Das heißt, die jüdische Konfession war nicht mehr gekoppelt an eine eigene nationale Identität, sondern vermittelte ihren Trägern nur noch das Bewusstsein einer konfessionellen beziehungsweise kulturellen Eigenart. Dagegen sind die Juden, die sogar bereit wa-

ren, Protestanten oder Katholiken zu werden, das historisch bedeutsamste Beispiel für die vollkommene Assimilation einer ethnisch ursprünglich eigenständigen Gruppe.

Schmelztiegel

Das Schmelztiegel-Konzept ist Ursprungs- und Leitidee der Einwanderungsgesellschaften in den USA und in Kanada. Die *Melting-Pot*-Idee meint die fortschreitende biologische und kulturelle Vermischung der Einwanderer verschiedener ethnischer, rassischer und kultureller Herkunft. Ziel dieses Verschmelzungsprozesses ist die Auflösung der kulturellen und ethnischen Eigenständigkeit zu Gunsten einer neuen amerikanischen Kultur(gemeinschaft) und einer neuen Nation. Damit ist der *Melting Pot* gerade keine multikulturelle Gesellschaft. Gegen das *Melting-Pot*-Konzept werden jedoch sowohl normative als auch empirische Einwände erhoben:

Erstens: In normativer Hinsicht läuft das *Melting-Pot*-Konzept nicht auf eine freiwillige und gleichberechtigte Integration der Einwanderer im biologischen und kulturellen Schmelztiegel hinaus. Vielmehr steckt eine verkappte Assimilierung an die weiße, protestantische, angelsächsische Mehrheitskultur dahinter.

Zweitens: In empirischer Hinsicht hat eine Mischung der verschiedenen ethnischen Gruppen und Kulturen nicht stattgefunden. Mehr noch: Die amerikanische Gesellschaft scheint sich allmählich zu einer echten multikulturellen Gesellschaft zu entwickeln. Denn die Bürger nichteuropäischer Herkunft stellen die amerikanische Identität, die sich auf die Vorherrschaft der für universell gültig gehaltenen westlich-europäischen Werte gründet, offenbar zunehmend infrage. Diese Entwicklung wird in den USA unter dem Begriff *The Disuniting of America* diskutiert und bedeutet nichts anderes,

als dass dem Verlust des amerikanischen Wertekonsenses die (Re-)Ethnisierung der sozialen Konflikte auf dem Fuße folgt.

Liberaler und radikaler Multikulturalismus

Bei den verschiedenen Multikulturalismus-Vorstellungen handelt es sich weniger um empirische als vor allem um normative Entwürfe des Zusammenlebens von Einheimischen und Einwanderern in einer Gesellschaft. Im Zentrum der unterschiedlichen Multikulturalismen steht das Dogma, dass die Beibehaltung der ethnokulturellen Identität der Einwanderer eine Bereicherung für das Einwanderungsland darstellt – eine Bereicherung vor allem für die Einheimischen, denen so die Chance geboten wird, die angebliche provinzielle Enge kulturell relativ homogener Gesellschaften hinter sich zu lassen. Der Politologe Axel Schulte schreibt allen Ernstes, das Konzept der multikulturellen Gesellschaft beruhe auf dem Grundsatz „Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfalt“ (*Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1. Juni 1990). Der Preis dafür, so Multikulti-Chefdenker Cohn-Bendit, ist, dass sich „irrt, wer meint, die multikulturelle Gesellschaft wäre eine harmonische Gesellschaft“ (Daniel Cohn-Bendit, *Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie*, 1992). Wenn man die feine Ironie dieser Formulierung auflöst, dann ergibt sich daraus, dass multikulturelle Gesellschaften im Vergleich zu herkömmlichen ausgesprochene Konfliktgesellschaften sind. Deshalb soll eine spezielle multikulturelle Politik die verschiedenen Einwanderergruppen fördern, um die Konflikte lösen zu helfen, die spezifisch für diese Gesellschaftsform sind. Diese Förderung umfasst zum Beispiel:

- die Berücksichtigung religiöser Feiertage ethnokultureller Minderheiten im öffentlichen Kalender,

- die Änderung der Schullehrpläne etwa in den Fächern Geschichte und Deutsch zu Gunsten der kulturellen Perspektive der Einwanderer,
- die Änderung von Kleidungs Vorschriften aus Rücksicht auf die religiöse Überzeugung von Einwanderern, zum Beispiel Befreiung der Sikhs von der Motorradhelmpflicht oder Schleiertrageerlaubnis für islamische Lehrerinnen im Schuldienst.

Eine allgemeine Definition lautet nach Jürgen Miksch: Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der Menschen verschiedener Abstammung, Sprache, Herkunft, Rasse, Kultur, Religion so zusammenleben, dass sie deswegen weder benachteiligt noch bevorzugt werden. Zwischen Einheimischen und Fremden findet ständige Kommunikation statt, damit Konflikte, die sich aus

den unterschiedlichen Traditionen ergeben, im Dialog gelöst werden können (Jürgen Miksch, zitiert nach: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1. Juni 1990).

Ab diesem Punkt trennen sich die grundlegenden Auffassungen der Vertreter des Multikulturalismus in einen liberalen und einen radikalen Zweig: Für Miksch „ist es selbstverständlich, dass sich diese Minderheiten in den meisten Lebensbereichen der Mehrheit anzupassen haben“, weil das Leben in der Bundesrepublik Deutschland auch künftig überwiegend von der Mehrheitskultur bestimmt bleibe (Jürgen Miksch, siehe oben).

Natürlich ist diese Forderung in Wirklichkeit nicht selbstverständlich. Andernfalls hätte es der von der CDU-Spitze ins Spiel gebrachte Begriff von der deutschen Leitkultur nicht ver-

Flüchtlingskinder im Flur des Sammellagers für Ausländer in Zirndorf, Bayern.
Foto: Stark, Essen



mocht, die politischen Gegner im rot-grünen Lager so zu reizen. Das eigentlich Interessante am Multikulturalismus-Begriff von Miksch aber ist die Tatsache, dass ein so verstandener Multikulturalismus nicht so recht erkennen lässt, wo der wesentliche Unterschied zur Akkulturation sein soll.

Die Frage eines Basiskonsenses in der multikulturellen Gesellschaft lässt sehr verschiedene Auffassungen zu Tage treten. Schulte zum Beispiel betont die Notwendigkeit eines Basiskonsenses, weil man, so möchte ich hinzufügen, eine soziologische Grundwahrheit gewissermaßen nicht ungestraft verleugnen kann. Wie der Basiskonsens aber zu Stande kommen kann, woraus er bestehen soll, wie seine Verbindlichkeit und sein Geltungsanspruch im Zweifel durchgesetzt werden, bleibt schleierhaft. Aber das genau ist der entscheidende Punkt, weil er gleichzusetzen ist mit der Frage nach der Existenzberechtigung oder der Ernsthaftigkeit des multikulturellen Konzeptes überhaupt.

Wie verständigen sich gleichgestellte, aber mit unterschiedlichen oder sogar gegensätzlichen und sich ausschließenden Wertvorstellungen ausgestattete gesellschaftliche Gruppen auf einen Minimalkonsens? Und zwar auf einen Minimalkonsens, der in der Lage ist, die Gesellschaft wenigstens auf allerniedrigstem Niveau – und das heißt knapp unterhalb der Schwelle gewaltsamer Konfliktaustragung – zu integrieren?

Die Haltung Bassam Tibis

Der Göttinger Politologe und Urheber des Begriffes von der Leitkultur, Bassam Tibi, geht von der Überlegung aus, dass Multikulturalismus im beziehungslosen Nebeneinanderherleben verschiedener ethnokultureller Gruppen besteht und damit Kulturrelativismus bedeutet. Aus Kulturrelativismus folge aber Wertebeilieblichkeit. Daran schließt Tibi die eher

rhetorische Frage an, ob eine Gesellschaft ohne eine für alle gleichermaßen verbindliche Werteorientierung überhaupt bestehen könne. Wohlgedenkt Werte, nicht ähnliche Konsuminteressen! Seine Schlussfolgerung: Voraussetzung für den inneren Frieden im deutschen Gemeinwesen sei die Anerkennung der dominierenden, von westlichen Werten geprägten Kultur in der Gesellschaft. Diese Schlussfolgerung entspricht im Wesentlichen dem Akkulturationskonzept, weil die von Tibi geforderte „demokratische Integration“ die Aneignung der deutschen Spielart von Demokratie durch die Zuwanderer bedeutet. Die deutsche Demokratie aber ist Resultat einer spezifisch deutschen (politischen) Kultur.

Der liberale Multikulturalismus, wie ihn etwa das im November beschlossene Positionspapier der Grünen zur „Multikulturellen Demokratie“ beschreibt, fordert wenigstens noch eine gemeinsame politische Zielvorgabe (Demokratie, Gleichheit aller Menschen und Gleichheit der Geschlechter) und gemeinsame Regeln des Zusammenlebens, auch wenn ein so allgemeiner und dünner Konsens in der Realität nichts wert sein dürfte.

Sühne und Zauber

Dagegen lehnt der radikale Multikulturalismus auch noch den minimalsten Konsens ab und nimmt so die völlige gesellschaftliche Desintegration in Kauf. Die deutsche Variante des radikalen Multikulturalismus hat eine zweite, sozialpsychologisch interessante Ebene. Multikulturalismus scheint für Teile der bürgerlich-liberalen Linken ein Modus zu sein, ihren aus dem Auschwitz-Trauma herrührenden nationalen Selbsthass produktiv zu verarbeiten. Von der Umwandlung der deutschen in eine multiethnische und radikal multikulturelle Gesellschaft erwarten sie die Auflösung der deutschen Identität: als Sühne und als Zauber gegen

das Wiederaufleben des Faschismus in Deutschland.

Die Diskussion um die richtige Ausländer- und Einwanderungspolitik wird in der Bundesrepublik häufig dogmatisch geführt und durch zahlreiche Vorschriften politisch korrekten Denkens eingengt. Deshalb sind im Vorfeld der Frage, welches Integrationsmodell für unser Land geeignet ist, zunächst einige Klarstellungen nötig.

Notwendige Klarstellungen

– Die multikulturelle Einwanderungsgesellschaft ist kein Wert an sich, ebenso wenig wie ein möglichst hoher Ausländeranteil oder eine möglichst junge Gesellschaft ein Wert an sich ist. Ebenso absurd ist die Auffassung, Multikulturalismus sei in der einen oder anderen Form unumgänglich. Richtig ist: Multikulturelle Gesellschaften sind zwar bunter als kulturell homogene, aber konfliktreicher, sozial ungleicher und politisch instabiler. Andererseits ist es legitim, wenn sich eine Gesellschaft zum Ziel setzt, ihre nationale und kulturelle Identität beziehungsweise ihre ethnische und kulturelle Homogenität zu bewahren. Die Entscheidung zwischen multikultureller und homogener Gesellschaft ist also eine rationale Wahl. Das ausschließliche und souveräne Recht zu dieser Entscheidung hat die Gesellschaft, die entweder Einwanderung oder eben keine Einwanderung möchte.

– Einwanderung sei quasi ein Menschenrecht, haben etwa die Grünen in der Vergangenheit gerne suggeriert. Aber auch ihre vor kurzem vorgestellte Drei-Säulen-Theorie ist nur scheinbar ein Schritt von einer fundamentalistischen Position zu mehr politischer Rationalität. Diese Theorie besagt, dass es drei Formen von Einwanderung gebe: *erstens* Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs; *zweitens* Einwanderung aus politischen und

humanitären Gründen, also etwa Bürgerkriegsflüchtlinge, Opfer von Umweltkatastrophen oder illegal in der Bundesrepublik lebende Ausländer; *drittens* Einwanderung, die aufgrund von unabweisbaren Rechtsansprüchen erfolge und die mit den Begriffen Asyl, Aussiedler, Familiennachzug und EU-Freizügigkeit beschrieben ist.

Dabei kann man in der zweiten und dritten Form deutlich den Versuch erkennen, möglichst viel an Einwanderung unter ein Tabu zu stellen, um sie so der demokratischen Entscheidung zu entziehen. Wer sich solcher Tricks bedient, riskiert freilich den Verdacht, dass er in Wirklichkeit ein ungeklärtes Verhältnis zu Demokratie und Volkssouveränität hat und dieses ungeklärte Verhältnis deshalb hinter angeblichen rechtlichen Zwängen oder pseudo-naturrechtlichen Argumenten verstecken muss.

– Zuwanderung ist nach Auffassung von Bundeskanzler Schröder ein „ökonomisches Muss“ (siehe *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. November 2000). Schröder irrt. Zuwanderung entspringt einer freien und souveränen Entscheidung des Aufnahmelandes, wie oben beschrieben. Ein ökonomisches Muss dagegen wäre eine vorausschauende und verantwortungsvolle Bildungspolitik gewesen. Hätten die deutschen Länder in den neunziger Jahren eine solche betrieben – und zwar unter Einschluss des Landes, dem Schröder damals als Ministerpräsident vorstand, gäbe es heute keinen Mangel an IT-Fachleuten. Dieses Beispiel ließe sich fortsetzen mit weiteren Sachzwangargumenten, die dazu herhalten müssen, unter Diskussionsverbot zu stellen, was eigentlich in die demokratische Auseinandersetzung der Staatsbürgergesellschaft gehört.

– In der öffentlichen Diskussion wird häufig die Frage gestellt, was die Aufnahmegesellschaft den Einwanderern schulde. Die Frage müsste anders lauten:

Welche Erwartungen hat die Aufnahmegesellschaft an die Einwanderer? Denn es ist die Aufnahmegesellschaft, die frei und souverän darüber entscheidet, ob sie überhaupt und wenn ja, wie viele Einwanderer sie aufnehmen möchte. Gleichfalls entscheidet allein die Aufnahmegesellschaft, welche Einwanderer und woher sie Einwanderer aufnehmen möchte und unter welchen Bedingungen Einwanderung gegebenenfalls stattfinden soll.

– Umgekehrt haben allerdings die potenziellen Einwanderer einen Anspruch darauf zu erfahren, was die Aufnahmegesellschaft von ihnen erwartet. So gesehen ist es ein schwer wiegendes Versäumnis der Ausländerpolitik der letzten Jahrzehnte, dass sowohl die Ausländer als auch die Einheimischen über Reichweite, Grenzen und Bedingungen von Einwanderung im Unklaren gelassen wurden.

Beste Integrationsform für Deutschland

Welche Integrationsform entspricht am ehesten den historischen, kulturellen und sozialen Bedingungen der deutschen Gesellschaft? Aus historischer Perspektive ist festzustellen, dass Deutschland kein klassisches Einwanderungsland ist. Im Gegensatz zum Beispiel zu den USA, die gleichsam schon von ihrem Entwurf her eine Gesellschaft in permanentem Entstehen ist, ist die deutsche eine über einen langen Zeitraum historisch gewordene Gesellschaft mit einer Tendenz zu relativ großer kultureller Homogenität. Deutschland hat zwar immer wieder Einwanderer aufgenommen, geschichtlich betrachtet hat sich aber gerade die Assimilation beziehungsweise die Akkulturation als erfolgreiche und zweckmäßige Form der Integration von Einwanderern in die deutsche Gesellschaft erwiesen.

Aus der soziologischen Perspektive ist die Frage nach den gesellschaftlichen

Kosten der verschiedenen Integrationsformen zu stellen. Auch hier schneiden die Modelle der Assimilation und Akkulturation zweifellos am besten ab, denn das Integrationsziel ist den Einwanderern von vornherein bekannt, es ist klar und konkret; der Integrationsprozess verursacht am wenigsten Reibungsverluste und schon gar keine stabilitätsbedrohenden Konflikte. Gesellschaftliche Desintegration kann so vermieden werden.

Das Konzept der multikulturellen Gesellschaft ist sowohl theoretisch widersprüchlich und unklar als auch empirisch gesehen fragwürdig. Es liegt in seiner zutiefst voluntaristischen Natur begründet, dass der Multikulturalismus weder die theoretische noch die praktische Bewährungsprobe bestehen kann.

Ideologisierung

Der Multikulturalismus, im zurückliegenden Argumentationszusammenhang noch als normatives oder empirisches Konzept bezeichnet, hat sich in Wirklichkeit von seinem diskursiven Hintergrund gelöst, um als Ideologie aufzutreten, die sich jeden grundsätzlichen Widerspruch verbittet. Der Anspruch der multikulturellen Ideologie, eine neue universale Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung entdeckt zu haben, gewinnt mehr und mehr dogmatische Züge. Unter solchen Bedingungen Einwände zu erheben heißt, gegen die Benimmregeln des Zeitgeistes zu verstoßen.

Keine Frage, dass diese Ideologie nebenbei sämtliche sonstigen Errungenschaften der Menschheitsgeschichte für sich reklamiert. So etwa das demokratisch-republikanische Staatsmodell, das das angeblich reaktionäre Fossil des ethnisch geprägten Nationalstaates mit seiner kollektiven Nationalkultur ablösen soll. Soll heißen, das Fundament der republikanischen Gesellschaft sei nicht die nationale Kultur, sondern die individuelle Freiheit der einheimischen und ein-

gewanderten Bürger, die aus der Natur des Menschen abgeleitet und durch die Verfassung geschützt wird. Einigendes Band der republikanischen Gesellschaft sei also nicht die nationale Identität, sondern die Identifikation mit der Verfassung, hier zu Lande Verfassungspatriotismus genannt.

Ethnisch offen – kulturell festgelegt

Aber: Wer Frankreich (das für diese abenteuerliche Behauptung gewöhnlich als Beweis herhalten muss) nur ein bisschen kennt, weiß, dass beides nicht zu trennen und die Republik geradezu eine Synthese von historisch-ethnisch geprägter Nationalkultur und demokratischer Verfassung ist. Mit anderen Worten: Die republikanische Idee ist zwar ethnisch relativ offen, weil sie den für universell gültig gehaltenen Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet ist; kulturell jedoch ist sie festgelegt, und zwar auf die jeweilige nationale Kultur. Den landläufigen Missverständnissen zum Trotz verlangt deshalb gerade das demokratisch-republikanische Modell von den „Immigranten eine weitgehende Identifikation mit den Normen und Werten des Ankunftslandes ebenso (...) wie eine weitgehende Aufgabe ihrer kulturellen Herkunft“, bemerkt zutreffend der multikulturelle Befürworter Micha Brumlik in seinem Vorwort zu dem dieses Jahr in deutscher Übersetzung erschienenen Buch *Multikulturalismus und Demokratie* des kanadischen politischen Philosophen Will Kymlicka.

Wie man es auch dreht und wendet, man kommt um die Diskussion der Leitkultur nicht herum. Denn sie macht bewusst, dass es um mehr geht als um die bloß formale Integration von Einwanderern in unsere Gesellschaft. Mit der bloß

formalen oder, wie Kymlicka es nennt, der bloß institutionellen Integration ist die Kenntnis der Sprache, die Anerkennung von Recht und Verfassung sowie die Teilnahme an den gesellschaftlichen Institutionen eines Landes gemeint.

„Neutraler Separatismus“

Für den Multikulturalisten Kymlicka bleibt ein heikler Punkt, dass die institutionelle Integration nicht bedeuten muss, dass sich die Einwanderer auch in einem psychologischen Sinne integriert haben, dass sie Loyalität empfinden gegenüber diesen Institutionen, dass sie sich mit ihrer neuen Heimat wirklich identifizieren. Von daher hält es Kymlicka für glaubhaft, dass der Multikulturalismus eine Art von „mentalem Separatismus“ fördere. Seine scharfsinnige Diagnose, auf Deutschland übertragen, legt die Schlussfolgerung nahe, dass die Kenntnis der deutschen Sprache und die Anerkennung der deutschen Verfassung nicht für eine gelungene Integration ausreichen. Hinzu kommen muss ein Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, das sich auf die Gesellschaft und das Land bezieht, das eine neue Heimat bietet. Denn ohne dieses Zusammengehörigkeitsgefühl gibt es keine gesellschaftliche Solidarität, keine gemeinsamen Ziele, keine wirkliche Demokratie. Dieses Bewusstsein der Zusammengehörigkeit ist die nationale Identität, und die wiederum wird nicht vermittelt durch einen sterilen Verfassungspatriotismus, sondern durch eine gemeinsame Kultur, eben die Nationalkultur. Das, was Leitkultur sein kann, leitet sich also nicht aus einem abgehobenen ästhetisierenden Kulturbegriff ab, sondern ist identisch mit der empirischen, konkret erfahrbaren Kultur unseres Landes.

Diesem Heft liegt das Inhaltsverzeichnis des Jahres 2000 bei.